

Gerhard Auer

Natürlich ist in das Werk gestalterischer Ehrgeiz investiert; natürlich identifizieren wir (ARGE Auer - Frotscher - Gresser - Würtz) uns mit den positiven Ergebnissen und können die negativen den feindlichen Einflüssen zur Last legen.

Wenn wir hier auf die Beschreibung eines makellosen Erfolgs verzichten, dann deshalb, weil das Projekt vielleicht mehr Darstellungswert in seiner Entstehungsgeschichte hat.

Studenten gewinnen ein 30-Millionen-Spiel

In einem Überraschungsangriff gelang es 1969 den Darmstädter Studenten, eine bereits bestehende (aber unbefriedigende) Wohnheimplanung zu Fall zu bringen, einen Wettbewerb zu erzwingen und die Realisierung des Ergebnisses durchzusetzen.

Ein solches Beispiel studentischen Einflusses erscheint heute legendär. 1969 war es kein Einzelfall, daß mit der Konzentration guter Argumente und selbstbewußter Aktionen erfolgreiche Einmischung in die Entscheidungsbefugnisse der Institutionen gelang.

Dem Wettbewerb gingen AStA-Seminare über studentisches Wohnen, Befragungen, Kritik der traditionellen Heimideologien voraus; die Preisgerichtsentscheidungen mußten erst öffentliche Kreuzverhöre, Ausstellungen und Teach-Ins überstehen, bevor sie akzeptiert waren: Erste Praxis einer kollektiven Planungsbeteiligung, bevor die Theorie dazu entstand.

Das ein solcher Vorgang bis zum Architektenauftrag führen sollte, das konnten am wenigsten die Großkonfektionäre wie Neue Heimat, Imbau, Holzmann und zahlreiche andere glauben: Ohne sich am Wettbewerb unnötig verschlissen zu haben, schoben sie dem Bauherrn ihre Instant-Programme unter den Türen durch, nicht ohne ernste Warnungen vor den Freien Architekten hinzuzufügen.

Wir machten schließlich die überraschende, bis heute allein gebliebene Erfahrung, daß sich ein Bauauftrag nicht aus Kompromissen und Richtlinientreue ergab, sondern durch rigorose Durchsetzung von Benutzerbedürfnissen.

Die Entwurfskonzeption in Stichworten:

Städtebau:

- Bewahrung eines beachtlichen Baumbestandes auf dem Gelände; dafür wird die Verdichtung der Baumassen in Kauf genommen.
- Zeilenbauweise zur Erhaltung optischer Transparenz für die Nachbarn.
- Freiraumüberlagerungen und gemeinsame Nutzung öffentlicher Einrichtungen zur Integration der angrenzenden Wohngebiete.

Wohnform:

- Mischung mit Sozialem Wohnungsbau.

- Keine Heim- oder Hoteltypologie, sondern „Wohnungen“ in veränderbaren Größen.
- Selbstgestaltbare Freiflächen für jede Wohneinheit.
- Differenzierte Übergänge zwischen Privatheit und Öffentlichkeit.

Der entwickelte Bautyp paßte nicht in die Prüfschablonen: Für einiges waren die Richtlinien des studentischen Wohnungsbaus nicht kompetent (es gab dort keine „Wohnräume“), für vieles lagen keine Erfahrungen vor (Gruppenwohnen, Außenerschließung, Split-level-Ökonomie).

Aber die entscheidenden Argumente stimmten: Die erlaubte Fläche und der Bettplatzpreis.

Die schließliche Auftragsituation ist für Geschäftspartner untypisch: Der Bauherr sollte Experimente akzeptieren und finanzieren, denen er höchst skeptisch gegenüberstand. Die Architekten erfüllten nicht ein Programm des Auftraggebers sondern sollten den Beweis für eine eigene Hypothese erbringen.

Defensive Ausführungsplanung

Bevor das Kostenlimit nicht abgesichert ist, darf nicht begonnen werden. Eine erste Werkplanung und Ausschreibung bringt ein Defizit. Die Bieter haben Angstzuschläge wegen der ungewohnten Bauweise einkalkuliert und geben so den Skeptikern recht: Ein derart anspruchsvoller Wohntyp ist eben nicht zum Richtpreis realisierbar.

Der Gegenbeweis kostet uns eine zweite Werkplanung und schmerzhaftes Amputationen:

- Anpassung an die Ausführungstechniken der billigsten Bieter verändert Konstruktion und Formen.
- Um die Wohnkonzeption zu retten, stecken wir formalen Ehrgeiz zurück; für Materialwahl und Detailgestaltung ist der niedrigste Preis das einzige Kriterium.
- Gemeinschaftseinrichtungen werden bis auf einen Minimalrest verkleinert.

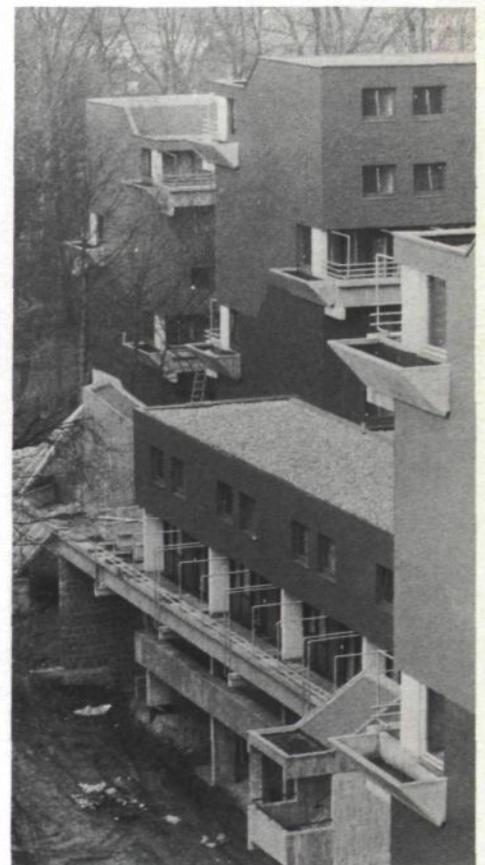
Auf solchen Wegen passiven Entwerfens ist schließlich bewiesen, daß unser Wohnkonzept realisierbar ist, abgetakelt und gerupft, aber noch erkennbar.

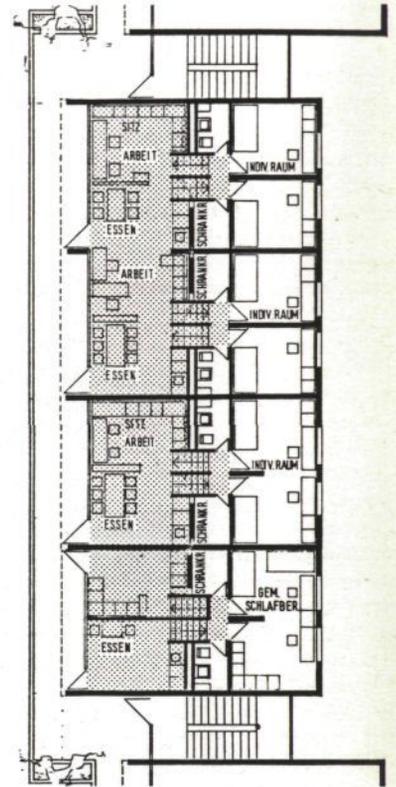
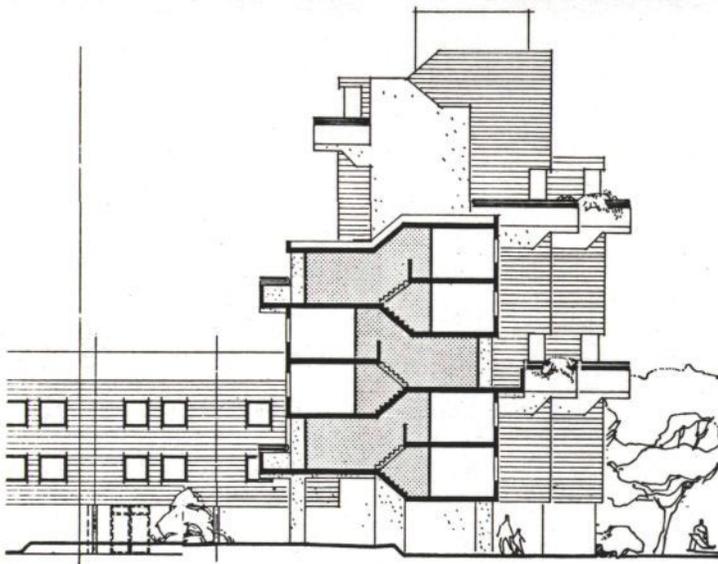
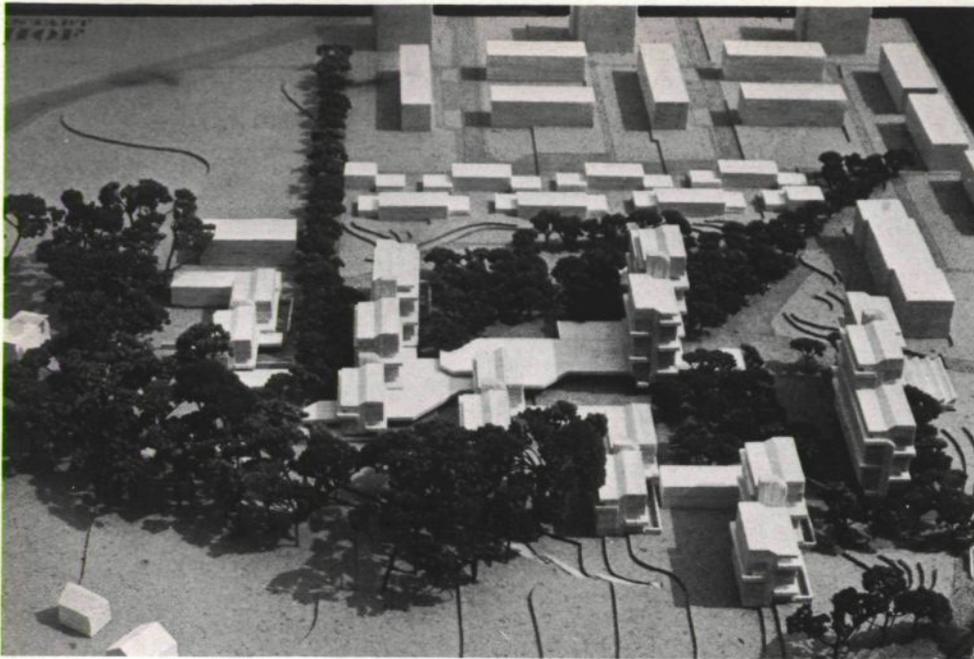
(Die 1972 einsetzende Rezession erweist dazu einen Bärendienst: Sie bringt billige Angebote, aber später kostspielige Bankrotte beauftragter Firmen).

Während wir also an Einsparungen arbeiten, findet die Prüfbehörde einen Anlaß zu Mehrausgaben: Die zulässige GFZ ist nämlich nicht ausgenutzt; kein Wunder, wenn ein Drittel des bebaubaren Grundstücks zum Park werden soll.

Mehr als alle Reduktionen bedrängt uns jetzt die Ausnutzungspflicht: 1000 statt bisher 700 Studenten treiben die Bauwerke in die Höhe; 500 Autostellplätze dringen unaufhaltsam in die Wohnhöfe vor.

Quartier für tausend Studenten Karlshof Darmstadt





Unser Widerstand findet kein Verständnis: Bauherr wie Studenten sind glücklich über den Zugewinn an Wohnungen; Wohnhochhäuser sind 1972 noch populär, was soll da unsere Klage über drei 10-Geschosser.

Während der Rettungsaktion für die Wohnform wird an anderer Stelle der Quartiersidee der Garaus gemacht:

- Unseren Integrationsabsichten mit der Wohnunggebung begegnen die Nachbarn in einer Bürgerinitiative: Gegen die befürchtete Belästigung durch tausend Studenten verlangt sie einen bewachsenen Damm über die gesamte Grenzlänge! Die kommunale Planungsbehörde schlichtet, indem sie ihn zur Auflage im Bebauungsplan macht.
- Die versuchte Mischung mit Sozialem Wohnungsbau verpufft rasch als Planerillusion: Das Grundstück ist als Landeseigentum unteilbar; die Subventionen für studentischen und sozialen Wohnungsbau werden von verschiedenen Behörden vergeben, denen Kooperation unbekannt ist. Eine von allen Beteiligten als soziale Notwendigkeit anerkannte Maßnahme scheitert an Kompetenzüberschneidungen: Mischung ist offensichtlich nicht verwaltbar.

(Frag' jetzt keiner, warum wir den Auftrag nicht niedergelegt haben. Man gibt nicht auf nach so vielen Einsätzen; man räumt nicht das Feld, wenn als Nachrücker nur die Katalogprodukte der Bauversandhäuser warten. Wir könnten es nicht einmal, weil der Jurist des Bauherrn auf Vertragserfüllung besteht.)

Unerwartete Resultate

Seit 1976 ist der Karlshof bewohnt, nicht von denen, die ihn 1969 mitplanten. Ebenso wenig wie Selbstverständnis und Beteiligungsverhalten der Studenten zwischen 1970 und 1980 angehalten haben, sind die Planungsergebnisse die erwarteten:

- Die Wohnform kommt an. Der anhaltende Trend zur Wohngemeinschaft gibt der Großwohnung recht. Sogar der Vermieter hat mit 200 Wohngemeinschaften weniger Organisationsprobleme als mit 1000 Einzelmietern.
- Die Wohngruppe verkraftet Gäste, also ist der Karlshof ständig weit überbelegt. Der Hausherr schaut weg, insgeheim froh über diese Pufferzone, die die Wohnungsknappheit vorübergehend mildert.
- Lärmbelästigungen sind chronisch, erst recht bei solcher Überfüllung.

Die Wohnterrassen verführen zu häufigen Festen, die Fahrzeugbewegung kommt selten zur Ruhe. Ersteres war als Problem gegenseitiger Rücksichtnahme vorausgesehen, letzteres ist eine Folge von Fehleinschätzungen des Parkierungsaufkommens: Mit dem Ansatz von einem Pkw auf drei Studenten glaubte man, mit ebenerdigen Stellplätzen auszukommen; die Realität von 1:1 begräbt alle Wohnhof-Illusionen unter Blech.

- Die Bauhöhe ist kein Diskussionsgegenstand für die Bewohner. Familien mit Kindern wohnen erdgeschossig; je höher die Wohnung, desto besser die Aussicht und um so geringer die Lärmbelastigung. (Eine höhenbedingte Zunahme von seelischen oder Erkältungskrankheiten ist auch nicht festzustellen.) Unser eigenes Unbehagen über die hohen Platzwände ist damit nicht geschwunden. Auch ohne prüfbare Nachteile sind sie es vor allem, die die Tatsache der Wiederholung und Monostrukturierung unverhohlen und optisch aufdringlich vorzeigen.

- Die erwartete Überwucherung durch selbstgestaltete Terrassen und Freibereiche haben wir überschätzt. Wenn auch die Angebote vielseitig genutzt werden, bleiben starke Selbstdarstellungsbedürfnisse aus. Bei regulierter Verweildauer sind wohl Identifikation mit einer „eigenen“ Wohnumgebung und demzufolge liebevolle Investitionen kaum zu erwarten.

- Unsere Befürchtungen über die Nachteile der Großwohneinheit bestätigen sich: Die Nationalitäten sind zwar zu zahlreich, die Grenzen sind offen, um Ghettoefühle aufkommen zu lassen; die Feste sind überfüllt und niemand würde ausziehen; aber was will das heißen bei notorischem Wohnungsmangel und beim Fehlen von Alternativen. Es gibt wenig offene Kritik, aber viele würden sofort gegen eine Stadtwohnung tauschen. Eine richtige Wohnform ist kein Mittel gegen falsche Konzentrationen.

- Die Studenten haben ihr Produkt nicht in Besitz genommen, sondern sie konsumieren ein Wohnungsangebot. Das Gemeinschaftszentrum ist verpachtet, die Autorität des Hausmeisters wird anerkannt, Selbstverwaltung beschränkt sich auf die Organisation von Festlichkeiten.

Die Verfasser von 1969 waren sich der Tatsache bewußt, daß der Wohnflüchtigkeit, der ökonomischen und sozialen Disparität studentischer Lebensformen weder eine Dorfidylle noch ein Karl-Marx-Hof adäquate Wohnmodelle sind, aber sie wollten einem damaligen Solidaritätsgefühl dennoch eine signifikante Quartiersform zugestehen, eine Selbstdarstellung studentischer Gemeinsamkeiten wagen.

Aktuelles Wohnbewußtsein würde sich eher im Untertauchen zwischen den Gemengen der gewachsenen Stadt, in Dezentralisierung und Vermeidung von Sonderwohnformen ausdrücken. Daß die Karlshof-Figur solchen derzeitigen Bedürfnissen nicht gerecht wird, erklärt den Rest von Unbehagen.

